

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

A 1018 Anfrage Schurtenberger Helen und Mit. über die aktuelle Population des Wolfes im Kanton Luzern / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Die Anfrage A 1018, die Anfrage A 937 von Hasan Candan über die Koexistenz von Alpbewirtschaftung und Wolf im Kanton Luzern sowie das Postulat P 965 von Barbara Lang über die Einführung eines praxistauglichen SMS-Dienstes für die Wolfspräsenz durch die Dienststelle Landwirtschaft und Wald werden als Paket behandelt.

Helen Schurtenberger ist nicht mehr im Rat vertreten. Die Anfrage wurde von Ruedi Amrein übernommen. Ruedi Amrein ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Hasan Candan ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 965 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung. Barbara Lang hält an ihrem Postulat fest.

Ruedi Amrein: Helen Schurtenberger fand, dass man, obwohl es im Moment wenig Nachrichten und Sichtungen von Wölfen gebe, nicht einfach nichts tun dürfe. Man solle vorbereitet sein, wenn die Wölfe wieder in unsere Gegend kämen. Sie sei nach wie vor der Meinung, dass der Wolf in der dicht besiedelten Schweiz keinen Platz habe. Die Benachrichtigung sei nicht ausreichend, und die Mehrauslagen für die Zäune würden nicht vergütet, ebenso wenig wie die Mehrarbeit durch häufigeres Einstellen. Zudem sei Letzteres nicht artgerecht. Ihre Meinung sei, dass der Wolf im Nationalpark leben dürfe und solle, aber darüber hinaus nicht geduldet sein sollte. Ein Wolf solle nach zwei Rissen eliminiert werden können, es sei ihr bewusst, dass das etwas hart sei.

Hasan Candan: Das Thema Wolf bewegt die Politik, aber auch die Bevölkerung. Heute kann mit dem elektronischen Mittel GTP verfolgt werden, ob der Wolf im Kanton Luzern ein Problem ist oder nicht. Ich selber habe mit verschiedensten Menschen das Gespräch gesucht, mit solchen, die ihn unbedingt schützen wollen, aber auch mit solchen, die gegen den Wolf sind. Eine Person hat mir gesagt, ob wir keine anderen Probleme hätten, sie hätte eher Sorgen wegen der Miete, der Krankenkassenprämie oder dem Krieg in der Ukraine. Diese Person kommt aus dem Raum Sursee. Ein Freund aus der Stadt meinte, dass wir die Ängste der ländlichen Bevölkerung ernst nehmen sollten. Diese Person hat mir und der SP-Fraktion aus der Seele gesprochen. Mein Eindruck ist, dass wir etwas sachlicher an dieses Problem herangehen und keine Emotionen hochschaukeln sollten. Der Wolf ist weder Mörder noch Ökoheld, sondern er holt sich nach seiner Ausrottung seinen Platz in der Schweiz und im Kanton Luzern zurück. Ich glaube, Jägerinnen und Jäger, Landwirtinnen und Landwirte, der Tourismus und wir alle müssen lernen, mit dem Wolf zu leben. Es braucht sicher Schutzmassnahmen, diesbezüglich besteht im Kanton Luzern Nachholbedarf. In anderen Ländern lässt man die Tiere nicht einfach unbeaufsichtigt, sondern es ist Tradition,

beispielsweise einen Herdenschutzhund zu haben. Ich glaube aber auch, dass dort, wo der Wolf zu dreist wird und weder Zäune noch Herdenschutzhunde reichen, er auch geschossen werden muss. Damit muss man aber zurückhaltend sein, denn der Wolf hat gewisse Verhaltensweisen. Wenn beispielsweise das Alphetier geschossen wird, verschwinden die anderen Tiere in alle Himmelsrichtungen, das ist kontraproduktiv. Ich bin froh über die Antwort der Regierung und dass sie die Daseinsberechtigung des Wolfs anerkennt. Wir sind auch überzeugt, dass die Koexistenz und die entsprechenden Massnahmen das Ziel sein müssen. Beim Postulat P 965 ist die SP-Fraktion wie der Regierungsrat der Meinung, dass die Forderung erfüllt ist. Was wir nicht als erfüllt ansehen, ist die Rolle des Kantons. Im Moment besteht seitens des Kantons ein Kommunikationsproblem. Er muss viel proaktiver damit umgehen und informieren. Es scheint auch ein Problem mit dem Herdenschutzbeauftragten zu geben, wenn dieser in einem Zeitungsinterview sagt, dass die Massnahmen nichts bringen würden. Der Kanton darf ruhig etwas mehr und breiter informieren. Der SMS-Dienst wird nur sehr lokal angeboten, obwohl sich der Wolf in einem grösseren Radius bewegt. Deshalb ist es nur richtig, dass alle betroffenen Tierhalter und -halterinnen informiert werden. Diesbezüglich besteht also Nachholbedarf.

Barbara Lang: Ich bedanke mich bei der Regierung, dass sie den SMS-Dienst aufgrund meines Postulats neu konzipiert hat. Die Meldungen kommen zwischenzeitlich viel schneller, innerhalb von einem Tag. Diese Verbesserung ist zwar schön, reicht aber nicht aus. Gerne zeige ich an folgendem Beispiel die Problematik: Inhalt der versendeten SMS: Wolfsriss Gemeinde Flühli, Herdenschutzmassnahmen treffen usw. Die Gemeinde Flühli umfasst 108 Quadratkilometer, dazu gehören auch der Sörenberg und die Schratzenfluh. Folglich stellt sich erneut die Frage: Wo ist der Wolf? Diese SMS hilft nicht wirklich viel. Der Wolf wechselt seinen Standort stetig. Es ist unabdingbar, dass mit der Meldung die geografischen Koordinaten des Wolfes bekannt gegeben werden. Ebenfalls nicht erfüllt ist die interkantonale Zusammenarbeit. Für Tierhalter in Gemeinden und Gebieten nahe der Kantons Grenzen, beispielsweise in Flühli oder im Pilatus- oder Rigi-Gebiet, ist die Information aus den Nachbarkantonen wichtig. Es reicht nicht, wenn der Kanton Luzern die Nachbarkantone informiert. Wir alle brauchen auch Informationen von den Nachbarkantonen. Der SMS-Dienst kann nur von Tierhaltern abonniert werden, welche bei der Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) registriert sind. Sämtliche Hobbytierhalter sind somit vom SMS-Dienst ausgeschlossen. Aber auch sie haben ein Recht auf diese Warnungen. Bei Seuchen, zum Beispiel bei der Vogelgrippe, mussten auch die Hobbytierhalter die Massnahmen umsetzen. Deshalb wäre es richtig, wenn auch sie den SMS-Dienst abonnieren könnten. Wir sind der Regierung dankbar, wenn sie die genannten Punkte zur Verbesserung anpasst. Die SVP-Fraktion hält an der Erheblicherklärung fest.

Fabian Stadelmann: Wir leben mit dem Wolf, er wurde am Ostermontag im Mittelpunkt des Kantons Luzern, nämlich in Ruswil, von mir selber gesichtet. Letzte Woche wurde er in Malters und Neuenkirch gesichtet. Damit müssen wir umgehen können. Wir müssen den Tierhalterinnen und -haltern entgegenkommen und Verbesserungen zugunsten von allen anbringen. Es geht nur um die Verbesserung des Systems. Ich habe die Sichtung am Ostermontag telefonisch gemeldet. Ich erwarte, dass die SMS-Meldung verbessert wird, etwa ob es sich um eine tatsächliche Sichtung handelt oder um eine vermutete.

Hanspeter Bucheli: Zwischen den Zeilen der Anfrage A 937 von Hasan Candan ist Folgendes zu lesen: Die Schafhalter bekommen vom Staat so viel Geld, dass sie nichts zu reklamieren haben, und die paar Schafe, die dem Wolf zum Opfer fallen, haben keine Bedeutung. In seinem Votum hat sich Hasan Candan zwar sehr moderat geäussert, aber ich nehme den Inhalt seiner Anfrage anders wahr. Ich glaube, hier ist eine differenzierte Sicht

notwendig. Erstens: Die landwirtschaftlichen Direktzahlungen sind Bundessache und keine Entschädigung für Wolfsrisse. Zweitens: Die wahren Kosten des Wolfes wurden in der Presse beziffert, in der Antwort fehlen sie jedoch. Sie belaufen sich angeblich auf etwa 4 Millionen Franken. Der Wolf ist kein monetäres Problem, das ist klar. Aber für die Betroffenen ist es schrecklich. Der Wolf reisst mehr Tiere, als er zu fressen vermag. Das führt zu Bildern, die man niemandem wünscht. Die betroffenen Herden sind für Tage oder sogar Wochen verhaltensgestört, was äusserst unangenehm ist. Viertens: Das Alppersonal betroffener Alpen hat schlaflose Nächte, was mit der Zeit unerträglich wird. Fünftens: Im Alpen- und Voralpengebiet sind auch etliche Kinder auf dem Schulweg, der sich im Streifgebiet des Wolfes befindet. Aus der Distanz und als Nichtbetroffener das herunterzuspielen, scheint mir schon etwas einfach. Etwas Empathie wäre angebracht. Meine Empfehlung: Reden Sie mit den Betroffenen. Zum Postulat P 965: Die Postulantin möchte den Regierungsrat beauftragen, den bereits eingeführten SMS-Warndienst noch praxistauglicher zu machen. Es ist unverkennbar, dass der Wolf auch an Nutztieren erhebliche Schäden anrichtet, welche die Besitzerinnen und Besitzer verzweifeln lassen. In der Zwischenzeit ist das revidierte Jagdgesetz beschlossene Sache, und es konnten Verbesserungen herbeigeführt werden. Auch der SMS-Dienst wurde verbessert. Herdenschutzmassnahmen sollen permanent und nicht erst nach einer Mitteilung über die örtliche Präsenz des Wolfes erfolgen. Nach einer SMS-Meldung über die Wolfspräsenz sollen die Herdenschutzmassnahmen aber überprüft und gegebenenfalls zusätzliche Massnahmen wie das nächtliche Einstallen getroffen werden. Die Mitte-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab.

Ruedi Amrein: Das Thema Wolf beschäftigt ganz Europa. Nicht nur in der Schweiz ist er wieder eingewandert, sondern auch in Österreich und Deutschland. Überall bestehen Ängste, gerade in ländlichen Gebieten sind diese intensiver, wo die Konflikte zwischen Mensch und Tier häufiger sind. Überall finden Diskussionen statt, wie mit dem Wolf umzugehen ist. Die FDP-Fraktion will die Wölfe kurzhalten und möglichst wenige Rudel zulassen. Mit dem Wachstum der Population ist das Ziel anzustreben, dass der Wolf ein jagdbares Tier wie der Fuchs wird. Die Antworten zur Anfrage A 1018 sind aus Sicht der FDP-Fraktion befriedigend. Die Alarmierung wurde seit der Eingabe geändert und früher ausgelöst. Es ist richtig, die Bevölkerung über das richtige Verhalten zu informieren und zu sensibilisieren. Der Wolf wird nicht mehr verschwinden, sondern mindestens wieder einwandern können. Eine kulante Haltung bei der Entschädigung ist nötig, weil Risse nicht immer eindeutig beweisbar sind. Bei der Anfrage A 937 von Hasan Candan ist es mir ähnlich ergangen wie Hanspeter Bucheli. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die Fragen korrekt beantwortet wurden. Es stört die Abfolge der Fragen. Eigentlich geht es um die Koexistenz von Alpbewirtschaftung und Wolf. Der Aufbau der Fragen suggeriert aber zuerst die mangelnde Bedeutung des Betriebszweigs Schafhaltung in den Alpen. Zudem wird gefragt, warum sie Hilfe bekommen, obwohl sie genug Direktzahlungen erhalten, und zuletzt wird gesagt, dass die Biodiversität gefährdet ist. Der Zusammenhang zwischen der Erfüllung der Bedingungen für Direktzahlungen und der Präsenz des Wolfes kann mir Hasan Candan persönlich erklären. Ob der Wolf eine Berechtigung hat, stellt sich als Frage weniger. Er kommt schlicht und einfach und es gilt, ihn kurz zu halten. Die erwähnte Berechtigung betreffend Fitness des Wildes erfüllen Fuchs und Luchs bereits. Dazu kommen die Jäger betreffend Rotwild. Aus dieser Sicht brauchen wir den Wolf nicht. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass der Wolf für Tierhalter nicht ein rein finanzielles Problem ist. In aller Regel besteht eine Beziehung zwischen Mensch und Tier. Angriffe auf die Tiere lösen Angst, Sorge und später Trauer aus. Hier ist Fingerspitzengefühl gefragt. Die ländliche Bevölkerung muss mit dem Wolf umgehen können, zum Beispiel trotzdem Schlaf finden. Die vom Wolf sichere urbane Bevölkerung muss nicht nur den lieben

Wolf, sondern auch die verängstigte Gretel würdigen und verstehen, dass die Wolfspopulation klein gehalten wird. Die Alpen haben übrigens diesen Sommer wegen des Wolfes bereits grössere Probleme, Personal zu finden. Zum Postulat P 965: Seit der Einreichung und Beantwortung des Postulats ist vieles passiert. Die Orientierung nach Rissen erfolgt früh. Die Alarmierungen sollten auf die Abend- und frühen Morgenstunden und Wochenenden ausgeweitet werden, was der Fall zu sein scheint. Daher lehnt die FDP-Fraktion das Postulat wegen Erfüllung ab.

Laura Spring: Beim Wolf handelt es sich um ein emotionales Thema. Meine Meinung ist unaufgeregt, aber als ich selber für Nutztiere verantwortlich war, wäre das wohl anders gewesen. Wer selber Nutztiere hält und für diese verantwortlich ist, weiss, wie stressig das sein kann und wie unberechenbar ein Wolfsriss ist. Es kann Stress auslösen, wenn man nicht weiss, wo der Wolf ist und was genau man tun soll. Umso wichtiger ist es, dass wir über diese Frage diskutieren. Ich gebe Hasan Candan recht, die Rolle des Kantons war in dieser ganzen Angelegenheit nicht gerade glänzend. Ein wirksamer Herdenschutz muss vom Kanton, vom Herdenschutzbeauftragten und auch vom Regierungsrat mitgetragen werden. Nur so können die Nutztierhalterinnen und -halter genügend unterstützt werden. Barbara Lang ist als Tierhalterin selber betroffen, hat aber ein sehr sachliches Postulat mit konkreten Verbesserungsvorschlägen formuliert. Der Wolf ist gut für die Biodiversität. Die Rückkehr des Wolfes in die Schweiz ist eine Chance für unser Ökosystem. Es ist erwiesen, dass der Wolf aktiv dazu beiträgt, die Wildtierbestände vitaler werden zu lassen und die Ökosysteme natürlich in ein Gleichgewicht zu bringen. Die Rückkehr des Wolfes hat durchaus eine regulierende Wirkung auf den Wildbestand und einen Einfluss auf die gesamte Vegetation. Darum bewertet die Grüne Fraktion die Haltung der Regierung als positiv, wonach die Koexistenz des Wolfs mit der Alpbewirtschaftung anerkannt wird. Im Sinn dieser Ausführungen begrüssen wir aber auch, dass der Kanton sich aktiv involviert und die Koexistenz mit den aufgeführten Massnahmen fördert. Uns ist es wichtig, dass der SMS-Dienst noch verbessert wird. Die Hobbynutztierhalterinnen und -halter sollten ebenfalls Zugriff darauf haben. Die Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen muss besser werden. Im Sinn dieser Verbesserungen stimmen wir der Erheblicherklärung des Postulats P 965 zu.

Urs Brücker: Die Koexistenz von Nutztieren und geschützten Wildtieren ist eine grosse politische, administrative und auch finanzielle Herausforderung. Nun kommen die neu vorkommenden Nachwirte hinzu – etwa der Gänsegeier –, welche zusätzlichen Zündstoff in die Diskussion bringen. Es ist nicht mehr so einfach nachweisbar, ob ein Wolf, ein Bär oder ein Luchs ein Wildtier gerissen hat. Deshalb braucht es entsprechende DNA-Analysen. In der Anfrage A 937 von Hasan Candan wird das Thema Wolf, Schaf und Alpwirtschaft in den Kontext mit der Biodiversität gestellt. Nach Ansicht der GLP-Fraktion sind beide Anfragen durch den Regierungsrat umfassend und schlüssig beantwortet worden. Das Postulat P 965 befasst sich mit der Frühwarnung und der zeitnahen Information über die Wolfspräsenz. Anhand eines Beispiels wird eindrücklich geschildert, dass es schnell ein praxistaugliches und weniger bürokratisches Instrument braucht. Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme fest, dass er dies realisiert hat und beim SMS-Dienst verschiedene Neuerungen eingeführt wurden. Für uns ist es klar, dass sich die Geister darüber scheiden, ob die Koexistenz von wieder angesiedelten geschützten Wildtieren und Mensch und Nutztieren mit einem vernünftigen Risiko und finanziellem sowie administrativem Aufwand möglich ist. Die Diskussion darüber wird uns auf nationaler, kantonaler und wahrscheinlich auch internationaler Ebene weiter beschäftigen. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Willi Knecht: Die Antworten der Regierung zur Anfrage A 1018 von Helen Schurtenberger sind umfassend und für die SVP-Fraktion grundsätzlich nachvollziehbar. Es wäre

wünschenswert, dass der Kanton etwas proaktiver agieren und stärker mit den Zentralschweizer Kantonen zusammenarbeiten würde, damit die Ausbreitung des Wolfes vermehrt verhindert werden kann. Zur Anfrage A 937 von Hasan Candan bringe ich ein paar Ergänzungen an. Letzte Woche hat unser Rat ein Postulat zum Thema nachhaltige Entwicklung überwiesen. Wir sind klar der Meinung, dass der Wolf bezüglich der nachhaltigen Entwicklung der Alpwirtschaft und der Nutztierhaltung ökonomisch und ökologisch gesehen zunehmend ein Problem darstellt. Vergleicht man die Ausgaben des Bundes für die Alpbewirtschaftung und die Kosten, welche der Wolf verursacht, kommt man klar und unweigerlich zum Schluss, dass zwischen den Kosten und dem Nutzen ein Ungleichgewicht besteht. Gemäss Auflistung in der Anfrage zahlt der Bund, also die Steuerzahler, für ein Schaf rund 50 Franken an Beiträgen. Für den Wolf zahlt der Steuerzahler bisher, je nachdem, ob die Grenzgängerwölfe mit eingeschlossen sind oder nicht, rund 30 000 Franken. Aktuell hat der Bund die Gelder für den Herdenschutz usw. für die rund 250 Wölfe gar von 4 Millionen auf 12 Millionen Franken aufgestockt. Künftig bezahlen wir also für den Wolf gegen 50 000 Franken, sofern sich die Wolfspopulation nicht vergrössert. Das vom Bund vorgegebene Herdenschutzkonzept wird bei wachsender Wolfspopulation den finanziellen und personellen Aufwand weiter erhöhen und für die Alpwirtschaft bald nicht mehr zu bewältigen sein. Zusätzlich kommt der Stress von Nutztier und Mensch hinzu. Die Folge wird sein, dass die Alpweiden vernachlässigt werden und die klein strukturierte Landwirtschaft in den Berggebieten gefährdet ist. Ob das für die Biodiversität von Nutzen ist, bezweifle ich stark. Aus diesen Gründen befürworten wir eine konsequente Bestandesregulierung des Wolfes.

Vroni Thalmann-Bieri: Eigentlich ist es schon zu spät, um zu handeln. Der Wolfsbestand muss mit Abschüssen minimiert werden. Es gibt heute schon grosse Schafsalpen, die mit den Schafen nicht mehr zur Alp fahren, dies nicht wegen der Finanzen. Für diese Eigentümer ist das ein grosser Frust, weil der Herdenschutz einfach nicht umsetzbar ist. Solche Entscheide, die Alpen nicht mehr zu bewirtschaften, sind Gift für die Biodiversität, denn die Schafe fehlen, was wiederum negative Folgen für die Qualität hat. Es ist nicht richtig, wenn sich der Wolf ungebremst weitervermehren kann. Der SMS-Dienst ist nicht für jedes Gebiet tauglich. Er muss mit den Geopunkten ergänzt werden, damit sofort ersichtlich wird, um welches Gebiet es sich handelt. Die SVP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung des Postulats P 965 von Barbara Lang zu.

Thomas Alois Hodel: Zum Herdenschutz: Es ist einfach nicht möglich, auf den Alpen wirksame Zäune aufzustellen. Ein Wolf kann problemlos einen 2 Meter hohen Zaun überwinden. Laura Spring hat erklärt, dass der Wolf der Biodiversität dient. Das mag vielleicht in einem grossen Gebiet in Russland der Fall sein, wo weit und breit kein Nutztier anzutreffen ist. Dort ist der Wolf sicher von Nutzen für die Biodiversität. Aber in der kleinräumigen Schweiz, wo die Alpen von Schafen beweidet werden, kann es nicht sein, dass sich der Wolf bewegt und regelmässig Tiere reisst. Warum sollte sich der Wolf die Mühe machen, einem Reh nachzujagen, wenn er sich einfach ein Schaf schnappen kann?

Guido Roos: Ich lege meine Interessenbindung als Jäger und Präsident der Revierjagd Luzern offen. Der Wolf bewegt die Bevölkerung in der Schweiz, aber auch in anderen Ländern. In Deutschland ist der Wolf ebenfalls Thema, und es gibt Gebiete, die erklären, dass die Situation mit dem Wolf ausser Kontrolle geraten sei. Aus Sicht der Jagd stehen wir zur Koexistenz von Raub- und Wildtieren wie auch der Landwirtschaft. Aber es ist wirklich eine Frage des Masses, wie es schon mehrere Vorredner erklärt haben. Bei der Nutztierhaltung setzen wir uns ja auch für den Tierschutz ein, beispielsweise wie viel Platz ein Nutztier haben muss. Beim Thema Wolf geht es aber auch um Tiere wie Schafe, Geissen, Gämsen, Rehe usw.

Die Kernfrage betrifft eigentlich das Verhältnis zwischen Mensch und Tier und den Tieren untereinander. Wenn ich Hasan Candan zuhören, habe ich manchmal den Verdacht, dass die Biodiversität unter dem Deckmantel des Wolfes gefördert werden soll, aber eigentlich die Bewirtschaftung und die Besiedlung der Alpen im Voralpen- und Berggebiet rückgängig gemacht werden soll. Gegen eine solche Entvölkerung wehren wir uns. Deshalb frage ich mich, ob es tatsächlich um den Wolf geht oder tiefgründig doch um etwas anderes. Lassen Sie den Menschen im Napfgebiet, im Entlebuch, im Voralpen- und Alpengebiet ihre Existenzberechtigung. Hier geht es um Emotionen, und mit dem Thema ist vorsichtig umzugehen. Es wurde gesagt, dass der Kanton ein Problem mit seinem Herdenschutzbeauftragten hat. Ich sehe das anders. Der Herdenschutzbeauftragte des Kantons getraut sich ehrlich zu sagen, was Sache ist: dass die Herdenschutzmassnahmen extrem aufwendig und teuer sind und nichts bringen sowie dazu führen, dass die Schafhalter aufgeben. So sieht die Realität aus.

Hasan Candan: Die Vorwürfe von Guido Roos sind unhaltbar. Er hat sein Votum zwar gut begonnen, als er sagte, dass ihm das Tierwohl wichtig sei. Wenn ihm das Tierwohl aber tatsächlich wichtig ist, dann ergreift er auch Massnahmen, um die Tiere zu schützen. Das geht nicht nur mit Zäunen – in den Alpen ist das tatsächlich schwierig –, sondern auch mit Herdenschutzhunden. Es ist fast schon realitätsfremd, wenn man in der Schratzenfluh einfach 5000 Schafe sich selber überlässt. Es gibt zehnmal mehr Abgänge durch Blitze und Naturgewalten. Der Böse ist aber immer der Wolf. Wenn Ihnen das Tierwohl lieb ist, treffen Sie auch Herdenschutzmassnahmen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die Wiederbesiedlung der Schweiz durch den Wolf und andere Wildtierarten wird emotional diskutiert. Dies hat sich zuletzt bei der Abstimmung zur Jagdgesetzrevision 2020 gezeigt. Damals hat die Schweizer Bevölkerung das Gesetz abgelehnt. Wie die Schweizer Bevölkerung heute entscheiden würde, wo der Wolf mittlerweile viel aktiver und sichtbarer wurde, müssen wir offenlassen. In der Zwischenzeit ist man sich auch beim Bund einig, dass eine proaktive Regulation der Wolfsbestände mittlerweile als unverzichtbar erachtet wird. Doch die gesetzliche Grundlage fehlt, weil die Volksabstimmung 2020 negativ ausfiel. Mittels Verordnungsänderungen ist man im Bern auf dem Weg. Die Behörden befinden sich daher stets in einem Spannungsfeld zwischen dem streng geschützten Wolf und der heute gesetzlich gültigen Auslegung und dem Schutz der Nutztiere. Die Anfragen zum Wolf und zum Gänsegeier haben wir ausführlich beantwortet, ich nehme deshalb nicht weiter Stellung dazu. Wolfsrisse sind leider nicht immer umgehend zu identifizieren. Oft ist es auch für Fachpersonen schwierig, einen Riss bereits im ersten Moment nachzuweisen. Das wurde mir auch von Experten bestätigt. Bei gewissen Tieren ist es klar, bei anderen müssen zuerst Abklärungen getroffen werden. Wird eine DNA-Probe durchgeführt, braucht es für die Auswertung einige Zeit. Unser Rat geht mit dem Postulat P 965 von Barbara Lang einig, dass es einen sinnvollen Informationsdienst zum Schutz vor dem Wolf braucht. Darum haben auch unsere Fachleute bereits vor Eingang des Postulats die Überarbeitung des Dienstes geprüft. Inzwischen wurden schon viele Verbesserungen umgesetzt. Auf einer öffentlichen Webseite sind alle Risse, Nachweise und gesichteten Beobachtungen zur Wolfspräsenz einsehbar. Mit dem SMS-Dienst richten wir uns im Kanton Luzern ausschliesslich an Halterinnen und Halter von Schafen, Ziegen und Mutterkühen. Wir prüfen eine Ergänzung. Es ist aber auch so, dass der SMS-Dienst kostenpflichtig ist. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis muss schlussendlich auch stimmen. Es gibt aber sicher technische Lösungen, die allenfalls ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis zulassen. SMS-Nachrichten werden nur noch abgesetzt, wenn umgehend von einer Wolfspräsenz ausgegangen werden kann und dies dem Schutz der

Herde nützt. Der heutige SMS-Dienst ist zielgerichtet, unbürokratisch und einfach zu handhaben, er muss aber auch – da gehe ich mit Ihnen einig – laufend verbessert werden. Es wurden einige Punkte genannt, etwa der Unterschied zwischen «gesichtet» oder «vermutet», die Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen oder genauere Ortsbezeichnungen. Diese Punkte nehmen wir mit. Ich schlage zudem vor, dass sich die Fachpersonen meines Departementes bei Barbara Lang melden und ihre Inputs und Verbesserungen aufnehmen. Wir müssen aber auch beachten, dass der Aufwand in einem vernünftigen Mass bleibt. Am einfachsten wäre es, wenn die Wölfe einen Chip implantiert hätten und wir sie per GPS beobachten könnten. Ob das für die Existenz des Wolfes ein Vorteil wäre, lasse ich aber offen. Wir anerkennen das Anliegen des Postulats, wir handeln bereits und prüfen noch weitere Verbesserungen. Deshalb beantragen wir Ihnen, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen.